

**SAFER WORLD** is a private independent international internet information network

[www.safer-world.org](http://www.safer-world.org)

**newsletter 72 / 09. 10. 2004**

## **ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG**

29.09.04 Mobilfunkindustrie muss umfassende Risikoforschung ermöglichen

Berlin (ots) - Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat die Telefonunternehmen Vodafone, T-Mobile, O2 und E-Plus aufgefordert, ihren Widerstand gegen eine Studie des Mobilfunkforschungsprogramms des Bundesamtes für Strahlenschutz aufzugeben. Die Studie soll Auswirkungen von Mobilfunkstrahlen auf das Schlafverhalten von Anwohnern in der Nähe von Funkmasten untersuchen. Die großen Netzbetreiber hätten die moralische Pflicht, den Gesundheitsschutz ihrer Kunden ernst zu nehmen. Sie dürften eine gründliche Risikoforschung nicht weiter verzögern.

Die Umwelt- und Gesundheitsrisiken des Mobilfunks dürften nicht ausgeblendet werden. Wilfried Kühling, BUND-Experte für elektromagnetische Strahlung: "Wir wissen zu wenig darüber, welche Auswirkungen hochfrequente elektromagnetische Felder auf Lebewesen haben. Vor allem die langzeitlichen Gesundheitsgefahren sind nicht ausreichend untersucht. Die Industrie muss alles tun, um eine umfassende Risikoforschung zu ermöglichen. Nur wer beweisen kann, dass sein Mobilfunknetz keine Gesundheitsbeschwerden verursacht, darf es betreiben."

Der Ausbau der Mobilfunknetze finde weitgehend hinter dem Rücken der Öffentlichkeit statt. Viele Anwohner in der Nähe von Sendeanlagen klagen über Schlaflosigkeit, Nervosität und Kopfschmerzen. Bekannt sind auch Einwirkungen durch mobiles Telefonieren auf Herzschrittmacher, Insulinpumpen für Zuckerkrankte und Hörimplantate. Der BUND fordert die Einrichtung eines unabhängigen öffentlichen Dokumentationszentrums zur Erfassung gesundheitlicher Beschwerden durch Mobilfunkstrahlen.

Kühling: "Auch Bundesumweltminister Trittin muss seiner Verantwortung für den Schutz der Menschen und der Umwelt vor elektromagnetischer Strahlung nachkommen und für mehr Aufklärung sorgen. Dazu gehört beispielsweise die gesetzliche Verpflichtung zur Kennzeichnung der Strahlung von Funktelefonen. Es ist mehr als verdächtig, dass seit zwei Jahren kein einziger Handyhersteller den Blauen Engel für irgendeines seiner Geräte beantragt hat."

Weitere Informationen und ein BUND-Hintergrund "Elektrosmog" bei der BUND-Pressestelle.

ots-Originaltext: BUND Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/story.htx?firmaid=7666>

Kontakt: Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher: E-Mail: [presse@bund.net](mailto:presse@bund.net) Internet:

[www.bund.net](http://www.bund.net)

\*\*\*

4.09.2004 Auszug aus electrosmog-news

Im Technik- Rausch – blind für die Folgen von Dieter Keim

unter: [http://www.buergerwelle.de/pdf/im\\_technik\\_rausch.rtf](http://www.buergerwelle.de/pdf/im_technik_rausch.rtf)

Feuerwehr: Studie zu Gesundheitsfolgen von Mobilfunkanlagen Wie vom EMR Policy Institute, einer Beratergruppe aus Vermont,

verlautet, fordert die IAFF (International Association of Firefighters – Gewerkschaftsorganisation der Feuerwehr, USA/Kanada) ein Moratorium für

die Errichtung neuer Mobilfunkanlagen auf Gebäuden der Feuerwehr, bis mögliche Gesundheitsfolgen in einer Studie untersucht worden sind. Die Gruppe berichtet, dass die IAFF, die größte Einzelgewerkschaft der Feuerwehr, die dem Gewerkschaftsverband AFL-CIO angeschlossen ist, auf ihrem Jahreskongress in Boston in der letzten Woche einen entsprechenden Beschluss verabschiedet hat. Untersucht werden soll, ob auf dem Dach oder in der Nähe von Gebäuden der Feuerwehr installierte Mobilfunkanlagen in den USA und Kanada zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Feuerwehrleute führen könnten. Auch der demokratische Präsidentschaftskandidat John Kerry meldete sich auf dem IAFF-Kongress zu Wort. Die Gewerkschaft will Mittel in Höhe von rund einer Million Dollar für die Studie beschaffen, sagte Janet Newton, Präsidentin des EMR Policy Institute. <http://rcrnews.com/>

Sardinien: Umweltministerium verlangt mehr Informationen hinsichtlich vorhandener Mobilfunkantennen

Das italienische Umweltministerium verlangt spezifische Informationen über mögliche elektromagnetische Belastung durch zwei Mobilfunkantennen in Cagliari. Insbesondere will das Ministerium Auskunft über die Einhaltung der Grenzwerte und die Qualitätsmerkmale der Anlagen. Die vom Stadtrat von Cagliari erhaltenen Zahlen bezüglich Anzahl und Standort der Antennen – in den letzten vier Jahren hat sich ihre Zahl vervierfacht – weisen laut Umweltschützern auf eine alarmierende Situation hin, die durch die Vermehrung der Antennen und Elektrizitätsanlagen in Wohngebieten, durch fehlende Präventionspolitik und das systematische Abweisen von Anfragen der Bevölkerung verursacht ist. Es soll für die Stadträte in Sardinien verpflichtend sein, dass sie bei der Stadtplanung über Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung beraten und an gewissen Orten im Einklang mit dem Gesetz Antennen beseitigen. <http://www.agi.it/>

Von Handys erzeugte Interferenzen mit medizinischen Geräten und ihre klinische Relevanz: Ein systematischer Überblick

Eine Übersichtsstudie zu Forschungsarbeiten über klinisch relevante elektromagnetische Interferenzen digitaler Handys mit medizinischen Geräten liegt jetzt vor. Berücksichtigt wurden Studien aus dem Zeitraum 1966–2004, die in englischer Sprache in "peer-reviewed" Fachzeitschriften erschienen sind. Darin mussten Tests digitaler Handys auf klinisch relevante Störungen medizinischer Geräte zur Beobachtung oder Behandlung von Patienten enthalten sein. Medizinische Implantate waren ausgenommen.

Resultat: Obgleich die Testverfahren der einzelnen Studien nicht einheitlich standardisiert waren und diese sich auch nach den geprüften Geräten unterschieden, geben die Ergebnisse doch zu denken. Mindestens 4% aller in den Studien getesteten Geräte reagierten auf klinisch relevante elektromagnetische Störfelder. Alle Studien empfahlen Einschränkungen der Nutzung von Handys in Krankenhäusern; am häufigsten wurde ein Abstand von mehr als 1m zu den Geräten vorgeschlagen sowie Restriktionen im eigentlichen Klinikbereich. <http://www.mja.com.au/>

=====

## INDUSTRIE

29.09.04 "Die Medizin wird endlich heilen können" Leipzig (ots) -

2. Weltkongress für Regenerative Medizin im Mai 2005 in Leipzig / "Verzicht auf embryonale Stammzellen"

In Leipzig findet vom 18. bis 20. Mai 2005 der 2. Weltkongress für Regenerative Medizin statt. In den nächsten Jahren wird der Kongress mit einer Kooperation zwischen den Städten Boston, Peking und Leipzig weiter ausgebaut. "Der erste Kongress im Herbst 2003 hat eine sehr positive Resonanz hervorgerufen. 2005 werden wir dieses internationale Treffen noch innovativer, internationaler und interdisziplinärer ausrichten", so Tagungspräsident Prof. Dr. Augustinus Bader. Zum Kongress werden circa 1.000 Wissenschaftler aus über 30 Ländern erwartet. "Die Regenerative Medizin wird unser Leben stark verändern. Wir werden heilen, also den Körper wieder so herstellen, wie er vor der Erkrankung war. Das ist deutlich mehr als die Beendigung von Krankheiten und Bekämpfung ihrer Folgen, wie wir sie heute praktizieren." Diese neue biomedizinische Disziplin nutzt die Selbstheilungskräfte von Stammzellen für die Regeneration von Organen und Geweben. Prof. Bader ist Sprecher der wissenschaftlichen Beirates der Internationalen Stiftung Regenerative Medizin (gGmbH) und Initiator des Kongresses. Seine Professur am Biotechnologisch-Biomedizinischen Zentrum (BBZ) der Universität Leipzig wurde im Rahmen der sächsischen Biotech-Offensive neu geschaffen.

Organersatz aus eigenen Zellen, beschleunigte Selbstheilung und individuelle Wachstumsfaktoren Die Themenschwerpunkte umfassen die Regeneration nach der Organ- und Gewebetransplantation sowie die Regeneration des Skeletts und der Muskulatur. Die Bildung eines nationalen und europäischen Clusters für Regenerative Medizin wurde in Leipzig beschlossen. Drei wesentliche Strategien werden aktuell in der Regenerativen Medizin erforscht: Der Aufbau von Ersatzorganen aus Stammzellen des jeweiligen Patienten; die Verlagerung von Körperfunktionen in Bioreaktoren mit entsprechenden Stammzell-Pools, um durch Entlastung den jeweiligen Organen Kraft zur Selbstheilung zu geben sowie die Gewinnung und der Einsatz spezieller Wachstumsfaktoren zur Stimulierung der Selbstheilung. Geschädigte Gewebe und Organe, etwa Herzklappen oder Leber, sollen schnell und originär geheilt werden und zu Kosteneinsparungen im Sozialsystem führen. Verwendet werden adulte Stammzellen, die in allen Organen Erwachsener zu finden sind. Damit stellt die Regenerative Medizin eine ethisch unbedenkliche Alternative zur Nutzung embryonaler

Stammzellen dar. Angewendet werden diese Methoden bei der Wiederherstellung von Knochen und Knorpeln, Haut und - in der klinischen Erprobung - von einzelnen inneren Organen. Die Behandlung ist jeweils so aufgebaut, dass sie vollständig vom zuständigen Arzt durchgeführt wird. Ein realistisches Szenario behandelt die alternative zur Xeno-Transplantation etwa einer Spender-Leber nach schwerer Schädigung. So ließen sich Leberstammzellen gewinnen und vermehren. In einem Bioreaktor übernehmen sie die Funktion der Leber. Durch diese Entlastung des Organs und mit Hilfe von Stammzellen sowie Wachstumsfaktoren wird die Selbstheilung der körpereigenen Leber stimuliert. Die therapeutischen Möglichkeiten sind vielfältig. Von besonderem Interesse sind aber auch die Potenziale zur Kosteneinsparung im Medizinbereich, wenn etwa lebenslange Behandlungen entfallen.

Über den 2. Weltkongress für Regenerative Medizin

Das wissenschaftliche Programm der Tagung spiegelt das breite Spektrum der wissenschaftlichen Ansätze in der Regenerativen Medizin wider. Die Themenschwerpunkte reichen von technischen Fragen - wie der Entwicklung in Bioreaktoren für Gewebezüchtung über Regeneration von verschiedenen Gewebetypen und die Kommunikation der Zellen - bis zur Zukunft der Regenerativen Medizin. Ethische und rechtliche Fragen werden in die Tagung ebenfalls einbezogen. Für die Integration von Medizin und Biotechnologie in der Regenerativen Medizin ist das Zusammenspiel von Medizintechnik, Zellbiologie und Pharmazie sowie das Verstehen der Mechanismen der Geweberegeneration unverzichtbar. Teilnehmer werden deshalb Vertreter aller relevanten Bereiche sein: der Medizin, der Technik, der Biotechnologie und der Pharmaindustrie. Veranstaltet wird er von der Internationalen Stiftung für Regenerative Medizin gGmbH, die ihren Sitz bei Leipzig hat.

Über biosaxony

Die Biotechnologie-Offensive biosaxony - im Sommer 2000 von der Sächsischen Staatsregierung mit über 200 Mio. Euro ausgestattet - fördert die nachhaltige Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Biotechnologie im Freistaat Sachsen. Die Mittel fließen in den Ausbau der Infrastruktur, in zwölf neue Professuren an den Universitäten Dresden und Leipzig und in anwendungsorientierte Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Über 50 Kernunternehmen und ca. 100 weitere Branchen-Unternehmen sind in Sachsen zu Hause. Der Fokus der Unternehmen, Forschungseinrichtungen und -institute liegt auf den medizinischen Anwendungen der Biotechnologie. Die sächsische Biotech-Branche ist seit 2000 kontinuierlich gewachsen, biosaxony ist eine der Top-10-Regionen in Deutschland.

Originaltext: biosaxony Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de>

Weitere Informationen: [www.regmed.org](http://www.regmed.org) und [www.uni-leipzig.de/bbz](http://www.uni-leipzig.de/bbz) [www.biosaxony.com](http://www.biosaxony.com)

Anmerkung Scherrmann: Ich finde, es ist aufschlussreich zu lesen, wie viel Geld in die Biotech-Branche fließt, (und wie wenig Geld fuer erweiterte Praeventionsmedizin zur Verfuegung steht.)

\*\*\*

Von Coordination gegen Bayer-Gefahren: Presseerklärung vom 7. September 2004

Pharma-Industrie vertreibt unnütze Nahrungsergänzungsmittel "BAYER profitiert von gefährlicher Mode-Diät"

Rund 40 Millionen Amerikaner befolgen die sogenannte "Atkins-Diät", die den Verzehr von Fleisch, Käse, Eiern und fetthaltigen Nahrungsmitteln uneingeschränkt erlaubt, die Aufnahme von Kohlenhydraten aus Brot, Reis, Kartoffeln und Nudeln hingegen stark einschränkt. Selbst Obst und Gemüse sollen laut Atkins nur in geringen Mengen gegessen werden. Weil wegen der einseitigen Ernährung Vitamin- und Mineralstoffdefizite drohen, muss die Diät mit der Einnahme von Nährstoffpräparaten begleitet werden.

Ernährungswissenschaftler warnen vor der Atkins-Diät. Professor Klaus Eder aus Halle befürchtet, dass die einseitige Aufnahme von Fett bei längerer Anwendung erhebliche Gefahren birgt - vor allem für Herzkreislauf-Patienten, Schwangere und ältere Menschen. Die eiweißreiche Nahrung belastet die Nieren, und trotz Nahrungsergänzungsmitteln drohen Mangelerscheinungen. Die Aufnahme von Ballaststoffen ist zu niedrig, was zu Verdauungsproblemen führt.

Trotz der einhelligen Kritik von Ernährungswissenschaftlern versucht die Pharma-Industrie, von der "Mode-Diät" zu profitieren. Der Leverkusener BAYER-Konzern brachte im Frühjahr den Vitamin-Cocktail One-A-Day CarbSmart auf den Markt und machte hiermit in den USA bereits 3 Millionen Dollar Umsatz. BAYERs One-A-Day WeightSmart erzielte sogar 32 Mio Dollar in einem Jahr.

Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren kritisiert die Unternehmenspolitik: "Natürlich wissen die Verantwortlichen bei BAYER, dass die Atkins-Diät gesundheitsschädlich ist und dass Vitaminpräparate niemals eine ausgewogene Ernährung ersetzen können. Doch der Pharma-Industrie ist die Gesundheit der Betroffenen herzlich egal - solange die Umsätze stimmen." Die Coordination gegen BAYER-Gefahren fordert eine Verschreibungspflicht sowie strenge Kontrollen aller Nahrungs-Ergänzungsmittel. BAYER hat kürzlich von ROCHE mehrere nicht-verschreibungspflichtige Medikamente übernommen, hierzu gehören auch Vitaminpräparate.

Coordination gegen BAYER-Gefahren [CBGnetwork@aol.com](mailto:CBGnetwork@aol.com) [www.CBGnetwork.de](http://www.CBGnetwork.de)

\*\*\*

05.10.04 Chemie bilanziert verantwortliches Handeln / Bericht mit Daten und Fakten zu Sicherheit, Gesundheit und Umweltschutz

Frankfurt (ots) - Die Fortschritte der deutschen chemischen Industrie bei der kontinuierlichen Verbesserung von Sicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz dokumentiert der neue Responsible-Care-Bericht 2004, den der Branchenverband VCI jetzt veröffentlicht hat. Seit der Gründung durch den kanadischen Chemieverband vor rund 20 Jahren hat sich Responsible Care zu einer weltumspannenden Initiative in der chemischen Industrie entwickelt.

Der umfangreich kommentierte Daten-Teil enthält Zeitreihen von der Mitte der neunziger Jahre bis 2003. Sie machen deutlich, dass die Emissionen seit Mitte der 90 Jahre deutlich zurückgegangen sind und nun auf einem sehr niedrigen Niveau stagnieren. Immer mehr Sicherheitselemente in der Anlagentechnik und intensive Schulung der Mitarbeiter haben dazu geführt, dass schwere Schadensereignisse oder Arbeitsunfälle immer seltener werden.

In seinem Vorwort betont VCI-Präsident Dr. Jürgen Hambrecht die Bedeutung der weltweiten Initiative Responsible Care: "Wir bewerten Risiken, wägen Nutzen und Gefahrenpotenziale gegeneinander ab, machen ein Risiko handhabbar. Dabei bleiben wir stets einem Grundprinzip treu: Wir handeln verantwortungsvoll."

Als Schwerpunkt-Thema behandelt der Bericht die Rolle von Responsible Care als Wegbereiter für eine nachhaltige Entwicklung und die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen (Corporate Social Responsibility). Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Weltbank oder die europäische Kommission messen CSR immer mehr Bedeutung für ihre politische Arbeit bei. Die 36-seitige Broschüre kann im Internet ([www.vci.de](http://www.vci.de)) unter der Rubrik "Umwelt-Responsible Care" kostenlos angefordert werden.

Anmerkung Scherrmann: den letzten "Umwelt-Responsible Care"-Bericht habe ich etwas analysiert. Es stellt sich unter vielem anderem die Frage, wem gegenüber verantwortungsvoll gehandelt wird. Wenn einige wenige Substanzen "deutlich zurueckgehen", bedeutet dies nicht gleichzeitig, dass "die Emissionen" zurueckgehen. Insbesondere Emissionen neueren Datums bleiben unberuecksichtigt.

\*\*\*

13.09.04 ADV: Novelle des Fluglärmsgesetzes verfolgt unrealistische Ziele Berlin/Stuttgart (ots) - Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) hatte bereits in der vergangenen Legislaturperiode deutlich gemacht, dass das seit 1971 geltende Fluglärmsgesetz einer Novellierung bedarf und der angemessene Schutz der von Fluglärm betroffenen Bevölkerung durch ein zeitgemäßes Gesetz gewährleistet werden muss. Für die Flughafenunternehmen wie auch für die an Flughäfen angrenzende Städte und Gemeinden ist auch von größter Bedeutung, dass bei Neu- und Ausbauten durch klare gesetzliche Vorgaben endlich Planungssicherheit geschaffen wird und nicht nach langwierigen und kostspieligen Planungsverfahren in jedem Einzelfall die Entscheidung bei den Gerichten liegt. Bedauerlicherweise hat das Bundesumweltministerium in dem jetzt vorgelegten Referentenentwurf zur Novellierung des Fluglärmsgesetzes die seit Vorlage des ersten Entwurfes im Jahr 2000 erfolgten wichtigen Hinweise der Luftverkehrsbranche für eine sachgerechte und praxisbezogene Novellierung nicht aufgegriffen. So reflektieren die in dem Entwurf geforderten Lärmgrenzwerte weiterhin nicht den aktuellen Stand der Lärmwirkungsforschung. Auch die angestrebte sogenannte "100/100-Regel", nach der für alle Betriebsrichtungen eines Flughafens der für eine Bahnrichtung ermittelte Höchstwert maßgeblich für die Festsetzung der Schutzzonen werden soll, führt zu theoretisch überhöhten Lärmbelastungen des Flughafenumlandes und ist in keiner Weise sachgerecht.

Schließlich ist die beabsichtigte Festlegung von Lärmgrenzwerten für Neu- und Ausbauten von Flughäfen im Fluglärmsgesetz systemfremd und verfehlt das Ziel, insoweit Rechts- und Planungssicherheit zu schaffen.

Für Bernd Nierobisch, Geschäftsführer der ADV, zählt der Schutz vor Fluglärm zu einer großen umweltpolitischen Herausforderung, die nur mit sachgerechten gesetzgeberischen Maßnahmen gemeistert werden kann. Er verweist darauf, dass die ADV dem Bundesumweltministerium eine nachvollziehbare Kostenkalkulation auf Grundlage der vorgesehenen Grenzwerte und Schutzzonen vorgelegt hat, der zufolge sich die Kosten für zusätzliche Schallschutzvorkehrungen seitens der zivilen Flughäfen auf mindestens 1 Milliarde EUR belaufen werden. Es sei daher unverständlich, dass im Entwurf eine Kostengröße von 500 Mio. EUR genannt wird. "Die Politik ist aufgerufen", so Bernd Nierobisch, "einen fairen und tragfähigen Ausgleich zwischen den Interessenlagen zu finden. Sie steht dabei in der Verantwortung, in der gegenwärtigen Phase einer zaghaften konjunkturellen Erholung

den Luftverkehrsstandort Deutschland zu sichern und nicht durch überzogene und kostentreibende Entscheidungen zu gefährden. Wenn dieses neue Fluglärmsgesetz zu einem Ausbau-Verhinderungsgesetz wird, hätte dies nicht nur fatale Folgen für unsere Volkswirtschaft, sondern auch für den Umweltschutz, da Kapazitätsengpässe der Flughäfen allen Bemühungen um eine weitere ökologische Optimierung des Luftverkehrs zuwiderlaufen."

ots Originaltext: ADV Deutsche Verkehrsflughäfen Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de>

=====

## INFORMATIONEN von WEITEREN ORGANISATIONEN

Von PAN Hamburg, 8.10.2004

Hamburger Behörde deckt illegale Pestizideinsätze auf

In Hamburg wurde behördlicherseits festgestellt, dass Laien gegen Regeln für die Anwendung von Pestiziden massiv verstoßen. Mehrere tausend Fälle pro Jahr werden allein im Hamburger Bezirksamt Wandsbek geschätzt. Bereits für die Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes (PflSchG) 1986 forderte das Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany), dass Pestizide nicht durch Laien ausgebracht werden sollten, da sie über keine Sachkunde verfügen. Inzwischen wurde ein Kompromiss in das PflSchG aufgenommen, wonach Pestizide im Haus- und Kleingartenbereich nur angewandt werden dürfen, „wenn sie mit der Angabe ‚Anwendung im Haus und Kleingartenbereich zulässig‘ gekennzeichnet sind“ (§ 6a). Für solche Pestizide gibt es ein gesondertes Verzeichnis, in dem auch Totalherbizide wie Roundup und Vorox mit dem Wirkstoff Glyphosat aufgelistet sind. Damit kann auf Zufahrten, Terrassen, Wegen und Plätzen, an Feldrainen und Böschungen unerwünschter Bewuchs beseitigt werden. Erlaubt ist dies prinzipiell nicht. Pestizide dürfen nach § 6 PflSchG auf „Freiflächen nur angewandt werden, soweit diese landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden“. Im Falle des Wirkstoffes Glyphosat gilt sogar ein besonderes Gebot des Gewässerschutzes, da dieses Herbizid giftig für Fische, Fischnährtiere und Algen ist. Die Angestellten des Handels sind verpflichtet, die KäuferInnen auf Anwendungsverbote und ggf. auf alternative Methoden hinzuweisen. Zuständig für die Überwachung sind die Bundesländer, in Hamburg die Bezirksamter. Auslöser für behördliche Maßnahmen ist dort „der Anlass“. D. h., die Behörde wird aktiv, wenn eine Beschwerde eingeht. Dem Hamburger Bezirksamt Wandsbek fiel jedoch auf, dass die Beschwerdehäufigkeit bei 5-10 Fällen pro Jahr relativ niedrig lag, obgleich den Angestellten des Amtes bei Außenterminen Verstöße in „ganz erheblichem Umfang“ auffielen. Durch solche quasi beiläufigen Beobachtungen kam es zu „einigen Dutzend Fällen“ pro Jahr. 2002 lag die Zahl der durch das Bezirksamt Wandsbek festgestellten Erst-Verstöße immerhin bei ca. 100. Dabei wurden auch solche mit erheblicher krimineller Energie festgestellt. In einem besonders eklatanten Fall wurden Pestizide im behördlichen Intranet angeboten.

Das Amt folgert nun, dass mit einer Dunkelziffer von „mehreren tausend allein im Bezirk Wandsbek“ zu rechnen ist, dass die Art der Überwachung geändert werden muss, und dass generell Pestizide nicht in Laienhand gehören. Carina Weber, Geschäftsführerin von PAN Germany: „Es ist erfreulich, dass hier ein Amt seine Aufgabe der Überwachung ernst nimmt, aktiv ermittelt hat, und zudem die Art der Überwachung in Frage stellt, um strukturelle Verbesserungen zu ermöglichen.“

Weitere Informationen: Carina Weber, Tel.040-399 19 10-23 [carina.weber@pan-germany.org](mailto:carina.weber@pan-germany.org)

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. Fon: +49 (0)40-39 91 91 0-0

Nernstweg 32, D-22765 Hamburg Fax: +49 (0)40-390 75 20

Please use our new mail address: <mailto:presse@pan-germany.org> Do you know our website? A lot of interesting information is available at:

<http://www.pan-germany.org>

\*\*\*

27.09.04 Greenpeace-Studie: Verbraucherministerium erlaubt immer mehr Pestizide im Essen Hamburg (ots) - Die gesetzlich erlaubten Höchstmengen für Pestizidrückstände in Obst, Gemüse und Getreide wurden in den letzten fünf Jahren in Deutschland von den zuständigen Ministerien massiv angehoben. Seit Einrichtung des Verbraucherministeriums in 2001 hat sich diese Tendenz sogar noch verschärft: Kam es im Jahr 2000 zu 177 Anhebungen, waren es im Jahr 2003 mit 319 fast doppelt so viele. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie "Pestizide am Limit", die das Greenpeace-EinkaufsNetz heute in Berlin vorstellt. 15 Greenpeace-Aktivisten protestieren vor dem Verbraucherministerium mit drei übergroßen Äpfeln, in denen Giftspritzen stecken. Sie wollen die Studie an Ministerin Künast übergeben.

Zu den zehn Pestiziden, bei denen die Grenzwerte am stärksten heraufgesetzt wurden, gehören acht besonders gesundheitsgefährdende Agrargifte. Diese Pestizide können Krebs auslösen, das Hormon- und Fortpflanzungssystem beeinträchtigen und Gewässerorganismen schädigen. Insgesamt wurde in 59 Prozent der pflanzlichen Lebensmittel das zulässige Pestizidlimit erhöht und nur in 41 Prozent abgesenkt. Die Anhebungen der Grenzwerte fielen zudem deutlich stärker aus als die Absenkungen. So wurde der Höchstwert für das als potentiell krebserregend eingestufte Fungizid Clortalonil in Hopfen um das 5000fache herauf gesetzt. Bei Bananen wird den Verbrauchern im Schnitt die zusätzliche Aufnahme von jährlich 0,3 Gramm Pestiziden pro Kopf zugemutet.

"Frau Künast hat uns 'Klasse statt Masse' versprochen. Statt dessen bekommen wir höhere Grenzwerte und immer mehr Agrargifte im Essen", sagt Manfred Krautter, Chemie-Experte von Greenpeace. "Selbst die vielfach angehobenen Höchstwerte werden in Obst und Gemüse immer häufiger überschritten, so dass die Pestizidbelastung der Verbraucher massiv ansteigt. Dies ist eine Blamage für den Verbraucherschutz von Frau Künast. Lediglich Bioware ist in der Regel frei von Pestizidrückständen."

Wie Untersuchungen der EU und von Greenpeace zeigen, ist Obst und Gemüse immer stärker mit Pestiziden belastet. Gesundheitsschäden schließt auch EU-Verbraucherkommissar David Byrne nicht mehr aus. Deswegen fordert Krautter: "Nach dem von der EU angestrebten Vorsorgeprinzip müssten die gesetzlichen Pestizidgrenzwerte in allen Lebensmitteln - wie bei Babynahrung - auf 0,01 mg/kg abgesenkt werden. Allein in Deutschland werden jährlich über 30.000 Tonnen Pestizide verspritzt. Ein wirksames Pestizid-Reduktionsprogramm des Ministeriums ist überfällig. Das angekündigte Verbraucherinformationsgesetz muss kommen, damit Verbraucher erfahren, welche Supermärkte gesetzeswidrig zu hoch belastete Produkte verkaufen. Auch die Lebensmittelkontrollen müssen massiv verschärft werden."

Die Studie können Sie bestellen unter 040-30618-341 oder unter [www.greenpeace.de/einkaufsnetz](http://www.greenpeace.de/einkaufsnetz). Fotos und Filmmaterial erhalten Sie unter 040-30618-376/377/375. Internet: [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)  
ots-Originaltext: Greenpeace e.V. Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/story.htx?firmaid=6343>

\*\*\*

09.09.04

Zeitbombe Pestizidmüll - Warnung der FAO

Rom (ots) - Umfangreiche Mengen an Pestizid-Giftmüll bedrohen in Osteuropa, Afrika, Asien, Lateinamerika und im Mittleren Osten Gesundheit und Umwelt. Davor hat die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) in Rom gewarnt.

In der Ukraine lagern rund 19 500 Tonnen an ungenutzten, oft hochgiftigen Schädlingsbekämpfungsmitteln, in Mazedonien rund 10 000 Tonnen, in Polen 15 000 und Moldawien etwa 6 600 Tonnen.

In Asien gebe es rund 6 000 Tonnen Pestizidmüll. Die in China vermuteten hohen Bestände seien in der Zahl allerdings nicht enthalten. Im Mittleren Osten und Lateinamerika sind es zusammen rund 10 000 Tonnen, in Afrika rund 50 000 Tonnen.

"Viele Länder wenden sich hilfesuchend an die FAO, um die Pestizid-Altbestände loszuwerden. Sie wollen ausserdem Schädlingsbekämpfungsmittel gezielter und umweltverträglicher anwenden, um zu vermeiden, dass sich weiter Pestizidmüll aufhäuft. Es gibt einen hohen Bedarf an Training und Ausbildung," sagte Mark Davis von der FAO.

Leider kann die FAO wegen fehlender finanzieller Mittel nur noch bis Ende Dezember 2004 technische Hilfe anbieten.

Bei den Giftmüllbeständen handelt es sich um gefährliche Produkte, die oft verboten sind und nie benutzt oder beseitigt wurden. Viele Produkte haben längst das Verfallsdatum überschritten. Sie sind hochgiftig und enthalten Insektizide wie DDT, Chlordan, Dieldrin, oder Monocrotophos.

In vielen Fällen hat Rost die Behälter beschädigt und die Chemikalien sind im Erdreich versickert. Deshalb müssen nicht nur die Produkte selbst, sondern auch grosse Mengen an belasteter Erde beseitigt werden.

Der Giftmüll lagert oft in Dörfern. Viele Menschen leben in unmittelbarer Nähe dieser Giftmülldepots, Umwelt- und Gesundheitsschäden sind weit verbreitet.

Eine Tonne Pestizid-Giftmüll zu beseitigen kostet rund 3500 Dollar, so die FAO.

Seit 1994 hat die FAO eine führende Rolle bei der Beseitigung von Pestizidmüll in Entwicklungsländern. Sie tritt dafür ein, Pestizide gezielt und umweltverträglich einzusetzen, Risiken zu mindern und die integrierte Schädlingsbekämpfung zu fördern.

ots Originaltext: FAO Food and Agricultural Organization Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de>  
[URL steht nicht mehr zur Verfügung. /story.htx?firmaid=53051](http://www.presseportal.de)

Kontakt: Erwin Northoff, 0039-06-5705 3105 [erwin.northoff@fao.org](mailto:erwin.northoff@fao.org)

---

## INTERNET

Neue Website zur Wohnungssuche fuer Umweltkranke: [www.bio-room.info](http://www.bio-room.info)

\*\*\*

DIMDI-Newsletter vom 8.9.2004 Neue Datenbanken beim DIMDI zu HTA und Medizin Das DIMDI hat sein Informationsangebot weiter ausgebaut: Mit der [Economic Evaluation Database](#); komplettiert das Institut sein Angebot an Datenbanken des britischen National Health Service (NHS) mit Informationen zur Bewertung medizinischer Verfahren und Technologien (HTA). Mit den neuen medizinischen Verlagsdatenbanken von Lippincott, Williams & Wilkins und dem Deutschen Ärzteblatt bietet das DIMDI darüber hinaus jetzt online Volltexte aus rund 1.200 medizinischen Fachzeitschriftentiteln an. Neu im Angebot ist auch die Literaturdatenbank CCMed.  
<http://www.dimdi.de/dynamic/de/dimdi/presse/pm/newsarticle.html?newsId=2884&channelId=177>

---

## KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

9.10.2004

Berufskrankheiten durch Asbest nehmen weiter zu

BERLIN. Die Berufsgenossenschaften verzeichneten im Jahre 2003 mehr als 3500 neue Berufskrankheiten durch Asbest. Einschließlich älterer Fälle waren sie damit in insgesamt 24 000 Fällen ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=17833>

und/oder

Belastet: Vermehrt Berufskrankheiten durch Asbest Bonn (dpa) - Berufskrankheiten durch Asbest-Belastungen nehmen in Deutschland weiter zu. Die Berufsgenossenschaften verzeichneten allein im Jahr 2003 insgesamt 1068 Todesfälle (2002: 1009) und mehr als 3 500 neue Erkrankungen durch das inzwischen... <http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=10&d=9&id=115512>

Chronische Schmerzen: Verhaltenstherapie unerlaesslich Leipzig/München (dpa) - Der Schlüssel zur effektiven Behandlung chronischer Schmerzen ist nach Untersuchungen des Münchner Max-Planck-Instituts für Psychiatrie eine Kombination von Medikament und Verhaltenstherapie.

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=10&d=8&id=115487>

Anmerkung Scherrmann: Ich finde, unerlaesslich waere, zunaechst mal genauestens zu analysieren, welche Schadstoffe als Ausloeser fuer die chronischen Schmerzen in Frage kommen und die Schadstoffquellen ggf. zu eliminieren.

6.10.2004

Arbeitsmedizin: Intra-uterine Schäden durch organische Lösungsmittel TORONTO. Die intra-uterine Exposition mit organischen Lösungsmitteln kann zu schweren Hirnschädigungen des Feten führen. Dies weiß man von Kindern, deren abhängige Mütter während der Schwangerschaft ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=17780>

5.10.2004

Genmutation durch Hausbrand US-Forscher untersuchen Lungenkrebsfälle in China

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=041004018>

Schon wenige Züge an der Zigarette können schwere Erbgutschäden verursachen. Amerikanische Wissenschaftler haben in Zellkulturexperimenten Brüche der Erbsubstanz und dramatische Veränderungen der Chromosomen im Zellkern entdeckt, nachdem sie die Zellen einem Kondensat aus Zigarettenrauch ausgesetzt hatten.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=327442,3631,./medizin/rauchen>

04. 10. 2004

DER SPIEGEL 41/2004 - Militär Hundertfaches Risiko. Die Bundeswehr verwendete jahrzehntelang radioaktive Leuchtfarbe. Zehntausende Soldaten wurden womöglich verstrahlt. Information zu Leuchtfarbe bei Uhren: URL steht nicht mehr zur Verfügung.

Studien: Umweltgifte fuehren zu Verhaltensaenderungen bei Tieren Chemikalien wie DDT und Atrazin koennen das Verhalten von Tieren grundlegend veraendern und langfristig ihren Fortbestand gefaehrdet. Darauf macht das britische Wissenschaftsmagazin "New Scientist" in seiner juengsten Ausgabe mit einem Ueberblicksartikel aufmerksam, in dem etwa von homosexuellen Anfluegen bei Moewen und einer gefaehrlichen Hyperaktivitaet bei Staren die Rede ist. <http://www.sonnenseite.com>

29.09.2004

Rauchen in Amtsgebaeuden bald strikt verboten? Nichtraucher in Deutschland duerfen bald tief durchatmen. Die Bundes-Drogenbeauftragte Marion Caspers-Merk (SPD) will in Restaurants raucherfreie Zonen durchsetzen, und im Bundestag soll bald ein Gesetz fuer ein Totalverbot in oeffentlichen Amtsgebaeuden vorgelegt werden.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=326900,3625,/medizin/rauchen>

Strahlen: Vorsicht beim Umgang mit Handys

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=9&d=29&id=115211>

24.09. 2004

Aralsee: Im Land des giftigen Staubs 43 Millionen Tonnen giftiger Staub wirbeln jaehrlich ueber die Steppe, wo fruher einmal der Aralsee war. Das Gift, das aus dem Baumwollanbau stammt, fuehrt zu einer extrem hohen Rate von Missbildungen und Todesfaellen unter Kindern. Doch die Regierung Usbekistans redet die Katastrophe schoen <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,druck-319503,00.html>

22.09.2004

Forschende Arzneimittelhersteller fordern, Studien zu registrieren  
BERLIN. Der Verband Forschender Arzneimittelhersteller (VFA) macht sich fuer die Registrierung klinischer Studien stark. „Wir treten dafuer ein, dass kuenftig alle Arzneimittelstudien mit Patienten ...  
[mehr] <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=17636>

Jeder fuenfte Jugendliche greift zur Zigarette Nirgendwo in Europa rauchen so viele Heranwachsende wie in Deutschland. Nach Angaben des Wuertzburger Suchtforschers Professor Dr. Jobst Boening greift derzeit hierzulande jeder fuenfte Jugendliche zwischen zwoelf und 15 Jahren zum Glimmstengel  
[http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=325708,3608,/politik/gesundheitsystem\\_uns](http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=325708,3608,/politik/gesundheitsystem_uns)

17.09.2004

Allergien: Immer mehr Kinder chronisch krank. Aachen (dpa) - Durch Allergien werden immer mehr Kinder chronisch krank. Jedes dritte Kind mit Heuschnupfen bekommt in nur wenigen Jahren Asthma, sagte der Kinderarzt Prof. Carl-Peter-Bauer von der Kinderfachklinik Gaißach bei Bad Tözl am Freitag... <http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=9&d=18&id=114897>

Anstieg: Zahl der Diabetiker in Deutschland Kassel (dpa) - Die Zahl der Diabetiker in Deutschland wird nach Schätzung des Deutschen Diabetikerbundes bis 2010 von derzeit acht Millionen auf rund zehn Millionen ansteigen. In zunehmendem Maße seien auch Kinder von der Zuckerkrankheit betroffen,...  
<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=9&d=18&id=114900>

Krankenhaus: Sehr viele junge Patienten Wiesbaden (dpa) - Jeder zwölfte Krankenhauspatient in Deutschland ist ein Kind. Dies hat das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Freitag auf Grundlage von Daten aus dem Jahr 2002 mitgeteilt. Danach mussten insgesamt 1,4 Millionen Jungen und... <http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=9&d=18&id=114905>

14.09.2004

Arktische Gifte setzen Eisbaeren zu Neue Studie bestaetigt gewaltige PCB-Rueckstaende am Nordpol  
<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=040914003>

Blei schon bei niedriger Konzentration fuer Kinder riskant Schoeden durch beeintraechtigte neurologische Entwicklung befuehrtet

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=040914037>

Europaeische Umfrage zeigt: einige Epileptika haben verheerende Wirkung

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=040914027>

09.09.2004

Aufmerksamkeits-Defizit verursacht Milliardenkosten 77 Mrd. Dollar in den USA  
<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=040910022>

08.09.2004

Europas Luftqualitaet bleibt schlecht Experten: Umweltaktionen sind nicht gut genug  
<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=040908037>

06.09.2004

Kohlenmonoxid-Vergiftung: Hirnschäden durch Autoimmunreaktion PHILADELPHIA. Viele Überlebende einer Kohlenmonoxidvergiftung entwickeln Tage oder Wochen später schwere neurologische Defizite. Der Grund sind möglicherweise Schäden an der Myelinscheide der ... mehr  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=17459>

3.09.2004

Ganzkörper-CT ist bombengefährlich US-Forscher schlagen Alarm: Die Strahlung einer Ganzkörper-CT entspricht etwa den krebisrelevanten Dosen, die manche Atombomben-Überlebende hinnehmen mussten. <http://www.aerztlichepraxis.de>

2.09.2004

ICD-10-GM und OPS 2005: Originalausgaben vom Herausgeber Die Buchversionen der systematischen und alphabetischen Verzeichnisse von ICD-10-GM Version 2005 und OPS Version 2005 können Sie ab sofort bestellen über den DIMDI Webshop. Als Herausgeber der amtlichen Klassifikationen stellt das DIMDI diese auf den Internetseiten auch kostenfrei zum Download bereit.  
<http://www.dimdi.de/>

=====

## RECHT

am 06.09.2004 wurde - da der Diabetes mellitus offensichtlich virulent ist - in V/SB-INFO neu eingestellt:

SG Duisburg, Urteil vom 24.08.2004 - S 24 SB 20/04: Kriterium für die GdB-Feststellung ist weiterhin die Einstellbarkeit des Diabetes mellitus und nicht die Häufigkeit von Insulingaben. Das Kriterium der Einstellbarkeit mag auf den ersten Blick eine Ungleichbehandlung begünstigen, da der Umstand ob und wie oft Hypoglykämien auftreten, im wesentlichen nicht von der Art der Erkrankung, sondern von der Durchführung der Diät und der Insulinbehandlung abhängt. Bei dem Begriff der Einstellbarkeit handelt es um einen klinischen Begriff, der beschreiben soll, wie leicht die allgemeinen Therapieziele erreicht werden könnten. Eine beachtliche Ungleichbehandlung bei der Feststellung des GdB bei Diabetikern, die eine gute Einstellung durch gewissenhafte Befolgung des Therapieregimes erreichen mit solchen, die dies nicht tun, liegt letztlich aber nicht vor. Gerade weil das Kriterium der Einstellbarkeit an die Erreichbarkeit des Therapieziels und nicht an das Erreichen abstellt, wird einer solchen Ungleichbehandlung vorgebeugt. Es ist nicht zu erkennen, warum bei guter Einstellbarkeit ein mit zwei oder mehr Insulininjektionen behandelter Diabetes mellitus abweichend von den AHP mit einem GdB von 50 oder höher zu bewerten wäre.

am 03.09.2004 wurde in V/SB-INFO neu eingestellt: Neufassung des Grades der Behinderung beim Diabetes mellitus - eine kritische Bestandsaufnahme. Der Autor Dr. med. Ernst v. Kriegstein beschäftigt sich in seiner Ausarbeitung umfassend mit der Bewertung eines Diabetes mellitus nach der Neufassung der "Anhaltspunkte" im Jahr 2004. Sie finden den Beitrag unter <http://www.uwendler.de/ahp/>, dort unter der GdB/MdE-Tabelle Nr. 26.15 - Diabetes mellitus -

=====

## POLITIK - BEHOERDEN

=====

## BUNDESTAG

30.09.2004 Umwelt/Gesetzentwurf BEWERTUNG UND BEKÄMPFUNG VON UMGEBUNGSLÄRM UMSETZEN

Berlin: (hib/WOL) Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf (15/3782) vorgelegt, mit dem die Umsetzung der EG-Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm umgesetzt

werden soll. Dabei ist vorgesehen, das Bundes-Immissionsschutzgesetz an die Vorgaben der EG-Umgebungslärmrichtlinie anzupassen.

Inhaltlich verbindlich geregelt werde damit die Aufstellung von strategischen Lärmkarten und Plänen zur Lärminderung. Im Entwurf heißt es, das Bundes-Immissionsschutzgesetz enthalte mit der Regelung des geltenden Paragraphen zur Lärminderung bereits ein erstes Instrument, das aufgrund der Zielsetzung und Ausstattung bei der Umsetzung bei der ebenfalls auf den Immissionsschutz ausgerichteten EG-Umgebungslärmrichtlinie angeknüpft werden könne. Die Verankerung der gesetzlichen Regelung im Bundes-Immissionsschutzgesetz sei daher zweckmäßig und sinnvoll, erklärt die Regierung. Im Hinblick auf die zu erwartenden Kosten wird dargelegt, mit der Novellierung sei eine Erhöhung des Verwaltungs- und Vollzugsaufwandes für Bund, Länder und Gemeinden verbunden. So würden unter anderem für die strategische Lärmkartierung in Ballungsräumen der Länder und Gemeinden geschätzte 10,6 bis 17,8 Millionen Euro benötigt, für die Kartierung der Hauptverkehrsstraßen des Bundes circa 16,2 bis 25,8 Millionen Euro und für Hauptverkehrsstraßen in der Baulast der Länder 2,8 bis 4,5 Millionen Euro. Die Kartierungskosten von bundeseigenen Haupteisenbahnstrecken werde den Schätzungen zufolge etwa 7,2 bis 12,7 Millionen Euro betragen. Die Kosten für die Lärminderungsplanung können zur Zeit noch nicht abgeschätzt werden, da die Vorgaben für die Durchführung der Planung erst mit Festlegung durch eine Rechtsverordnung möglich wird, heißt es in der Erläuterung.

\*\*\*

Berlin: Mi, 22.09.2004 Petitionsausschuss FÜR EIN RAUCHVERBOT IN ALLEN ÄMTERN MIT PUBLIKUMSVERKEHR EINGESETZT.

Berlin: (hib/MIK) Für ein Rauchverbot in allen Ämtern mit Publikumsverkehr hat sich der Petitionsausschuss eingesetzt. Deshalb beschloss er am Mittwochvormittag einvernehmlich, die zugrundeliegende Eingabe

dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und dem Bundesinnenministerium (BMI) "als Material" zu überweisen und den Fraktionen des Deutschen Bundestages "zur Kenntnis" zu geben. Der Petent setzt sich in seiner Eingabe dafür ein, dass Behördengänge raucherfrei werden müssten. Denn auch Passivrauchen führe zu gesundheitlichen Schäden. Er selbst leide an allergischem Asthma. Sobald er einen zugequalmten Raum betrete, wirke sich das auf seinen Gesundheitszustand aus. Es beginne mit einem Brennen in den Augen, Kratzen im Hals und gehe bis zu Schwindelgefühl und Atemnot. Ämter mit Publikumsverkehr müssten für alle Menschen zugänglich sein, so der Petent.

In der vom Ausschuss eingeholten parlamentarischen Stellungnahme führte das BMI aus, dass der Arbeitgeber nach der Arbeitsstättenverordnung die "erforderlichen Maßnahmen" zu treffen habe, damit nicht rauchende Beschäftigte in Arbeitsstätten wirksam von den Gesundheitsgefahren durch Tabakrauch geschützt sind. Welche Maßnahmen für "erforderlich" gehalten werden, bleibe der Beurteilung des Arbeitgebers überlassen. Die Schutzinteressen des Publikums seien in der Verordnung nicht angesprochen. Nach Meinung der Ausschussmitglieder ist es nicht einsehbar, warum es in Ämtern kein generelles Rauchverbot geben soll - wie dies beispielsweise auf Bahnhöfen und Flughäfen möglich sei. Die gesundheitliche Beeinträchtigung von Nichtrauchern dürfte in den meist engen Räumlichkeiten von Ämtern wesentlich größer sein als in Bahnhöfen oder Flughäfen. Nach Auffassung des Ausschusses kann nicht nur auf den Schutz der Beschäftigten abgestellt werden. Es müsste vielmehr auch das Interesse des Publikums vor Gesundheitsschäden bei einem Behördengang geachtet werden. Daher sollte sowohl die Bundesregierung als auch die Fraktionen des Deutschen Bundestages eine Gesetzesinitiative ergreifen, dass in den Ämtern in Deutschland nicht nur die Beschäftigten vor dem Passivrauchen geschützt werden - sondern auch die Bürgerinnen und Bürger.

\*\*\*

Berlin: Do, 09.09.2004 Umwelt/Unterrichtung VIELE POSITIONEN DES UMWELTINFORMATIONSGESETZES BLEIBEN STREITIG

Berlin: (hib/WOL) Insgesamt 13 von 16 Positionen des Gesetzentwurfes der Bundesregierung zur Neugestaltung des Umweltinformationsgesetzes (UIG, 15/3406) bleiben zwischen Bundesrat und Bundesregierung streitig.

Dies ergibt sich aus einer Unterrichtung (15/3680), in der die Stellungnahme des Bundesrates und die Gegenäußerungen der Bundesregierung zur UIG-Novellierung dargelegt werden. Keine Zustimmung findet unter anderem ein Beschluss des Bundesrates, den Begriff des "Bereithaltens von Informationen" durch ein zusätzliches Kriterium einzuschränken. Dazu wird dargelegt, Sinn und Zweck der Richtlinienbestimmung sei es, der Flucht ins Privatrecht und einem damit verbundenen Verlust an Umweltinformationen entgegenzuwirken. Der Änderungsvorschlag verkenne dieses Ziel, deshalb könne ihm nicht zugestimmt werden.

\*\*\*

Berlin: Di, 07.09.2004 Umwelt/Antwort 118.700 ARBEITSPLÄTZE IM BEREICH DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

Berlin: (hib/VOM) Nach einer Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hat es im Jahr 2002 118.700 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien gegeben. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung (15/3667) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/3548) hervor. Davon entfielen 53.200 auf die Windenergie, 29.000 auf die Biomasse, 13.000 auf Dienstleistungen, 8.400 auf Wasserkraft, 6.700 auf Solarthermie, 6.000 auf Photovoltaik und 2.400 auf Wärmepumpen. Der Gesamtumsatz im Bereich der erneuerbaren Energien habe 2002 nach Angaben des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoffforschung Baden-Württemberg bei rund 10 Milliarden Euro gelegen. Wie es in der Antwort weiter heißt, hatten die erneuerbaren Energien im vergangenen Jahr einen Anteil von 7,9 Prozent am Bruttostromverbrauch, 4,4 Prozent am Endenergieverbrauch und 2,9 Prozent am Primärenergieverbrauch. Rund die Hälfte der gesamten Endenergie aus erneuerbaren Energiequellen werde durch Biomasse bereitgestellt, so die Regierung. Bezogen auf die Wärmezeugung aus erneuerbaren Energien habe Biomasse, hauptsächlich Holz, einen Anteil von 93 Prozent. Für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien seien dagegen vor allem die Wasserkraft mit 44 Prozent und die Windenergie mit 40 Prozent Anteil von großer Bedeutung.

=====

BMBF - Bundesministerium fuer Bildung und Forschung

Berlin, 2004-09-06 Bulmahn: "Umweltaspekte bei der Planung neuer Technologien berücksichtigen" Internationale Fachkonferenz „Electronics Goes Green 2004“ in Berlin

„Die Elektronik hat eine Schlüsselfunktion bei der Bereitstellung umweltfreundlicher, nachhaltiger Technologien im 21. Jahrhundert“. Das erklärte Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn bei der Eröffnung der internationalen Fachkonferenz „Electronics Goes Green 2004“ in Berlin.

Vom 06. bis 08. September 2004 diskutieren rund 500 internationale Expertinnen und Experten aus Industrie, Wissenschaft und Behörden über das Thema Elektronik und Umwelt.

Bulmahn betonte, dass die Entwicklung der Elektronik wie in kaum einem anderen Bereich zugleich höhere Leistung und bessere Umweltverträglichkeit bewirke. „Elektronische Bauelemente werden von Generation zu Generation mit immer weniger Gewicht, Materialverbrauch, Chemikalieneinsatz und Energieverbrauch hergestellt. Elektronik ist heute Teil jeder modernen Maschine, jedes modernen Gerätes in Haushalt und Industrie. Sie trägt dazu bei, die Geräte intelligent, energiesparend und umweltschonend zu betreiben“. Ohne eine hochleistungsfähige Elektronik wäre zum Beispiel die erfolgreiche Reduzierung des Schadstoffausstoßes von Verbrennungsmotoren in Kraftfahrzeugen nicht erreichbar gewesen.

Bei Mobiltelefonen habe die Weiterentwicklung der Elektronik dazu geführt, dass sie heute im Vergleich zu den achtziger Jahren nur noch ein Zehntel des früheren Gewichts haben. Durch ihre wachsende Verbreitung gebe es jedoch den Effekt, dass die Umweltbelastung in der die Summe größer geworden ist, trotz der erreichten Verbesserungen am Einzelgerät. „Solche Aspekte müssen bei der Konzipierung neuer Technologien für elektronische Massenprodukte bedacht werden, insbesondere mit Blick auf das Recycling und die Entsorgung“, erläuterte die Ministerin. Allerdings reiche es nicht aus, technische Einzelprodukte zu optimieren, sagte Bulmahn. Vielmehr müssten ganze Produktions- und Produktsysteme sowie ganze Wertschöpfungsketten und Produktlebenszyklen analysiert und optimiert werden.

Projekte in diesem Bereich werde das Bundesministerium für Bildung und Forschung unter anderem in dem Ende Juni veröffentlichten Rahmenprogramm „Forschung für die Nachhaltigkeit“ unterstützen. Dafür werden in den nächsten fünf Jahren 160 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Teil des Rahmenprogramms ist der mit knapp 70 Millionen Euro ausgestattete Ideenwettbewerb „Innovationen als Schlüssel für Nachhaltigkeit in der Wirtschaft“, der Ende Juni angelaufen ist. Der Wettbewerb soll Ideen für neue Technologien, Verfahren, oder auch Dienstleistungen fördern, die in besonderem Maße die Umwelt entlasten. Sie sollen branchenübergreifend einsetzbar sein und besonders die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen stärken.

Die Konferenz hat das Fraunhofer Institut für Zuverlässigkeit und Mikrointegration in Berlin organisiert. Ein wichtiges Thema sind die im vergangenen Jahr in Kraft getretenen Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft für den Vertrieb, die Rücknahme und die Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten sowie für die Reduzierung von gefährlichen Stoffen in diesen Geräten. Die Hersteller müssen künftig die Verantwortung und die Kosten für die Rücknahme, Verwertung und Entsorgung der Geräte übernehmen. Die Bundesregierung hat dazu am 01. September den Entwurf des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes beschlossen, das bis Ende des Jahres verabschiedet werden soll.

Sie erhalten diese Mail, da Sie den Pressedienst des Bundesministeriums fuer Bildung und Forschung abonniert haben. Moechten Sie keine Informationen mehr erhalten, so koennen Sie den Pressedienst auf unserer Website unter der Adresse <http://www.bmbf.de/press/index.php> abbestellen. Auf dieser Seite finden Sie auch Links zu aelteren Pressemitteilungen und koennen von dort eine layoutgetreue Version im PDF-Format herunterladen.

BMBF - Bundesministerium fuer Bildung und Forschung Pressereferat (LS 13) Tel. 01888-57-5050 Fax: 01888-57-5551 mailto: [Presse@bmbf.bund.de](mailto:Presse@bmbf.bund.de) <http://www.bmbf.de>

=====

BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

12/2004, 2004-09-28 Vorsicht beim Umgang mit Scoubidou-Baendern. Fluechtige organische Loesemittel, kritische Weichmacher und andere problematische Stoffe nachgewiesen

Sie sind leuchtend bunt, sie sind geschmeidig und eignen sich hervorragend zum Basteln von Schlüsselanhaengern, Halsbaendern und anderen kleinen Geschenken. Klar, dass Scoubidou-Baender bei Kindern und Jugendlichen sehr beliebt sind. Untersuchungen der ueberwachungsbehoerden der Bundeslaender haben jedoch gezeigt, dass Scoubidou-Baender fluechtige organische Loesemittel und hohe Konzentrationen von Cadmium sowie Phthalate als Weichmacher in erheblichen Mengen enthalten. Sie sind deshalb nach Auffassung des Bundesinstituts fuer Risikobewertung als Spielzeug fuer Kleinkinder nicht geeignet.

Scoubidou-Baender sind Kunststoffschnuere aus Polyvinylchlorid (PVC). Um diesen Kunststoff weich und geschmeidig zu machen, werden ihm als Weichmacher Phthalate in hoher Konzentration zugesetzt. Das koennen in einzelnen Baendern bis zu 45% (450 g je kg Kunststoff) sein. Bei ueber drei Viertel der untersuchten Baender wurden Weichmacher wie Diethylhexylphthalat (DEHP) oder Dibutylphthalat (DBP) in hohen Anteilen von ueber 30% verwendet. Von diesen Weichmachern ist bekannt, dass sie bei hoeherer Dosierung reproduktionstoxisch wirken, also die Fortpflanzung und Entwicklung beeintraechtigen koennen.

Außerdem wurden fluechtige organische Verbindungen wie Toluol, Phenol, 2- und 1-Butanol sowie verschiedene zinnorganische Verbindungen in den Baendern nachgewiesen. Die hellgruenen, violetten, gelben, rosa- und orangefarbenen Teile einiger Proben enthielten außerdem hohe Anteile an Cadmium.

Solange kritische Stoffe im Kunststoff verbleiben, stellen sie kein Risiko fuer die Gesundheit dar. Entscheidend ist vielmehr, welche Mengen beim Basteln und Spielen sowie beim vorhersehbaren Fehlgebrauch aus den Baendern entweichen und mit dem Koerper in Kontakt kommen. Etwa dann, wenn Kleinkinder die daraus gefertigten Schlüsselanhaenger, Hals- und Armbaender in den Mund nehmen und darauf kauen.

Weil derzeit keine brauchbaren Messergebnisse zur Freisetzung von Weichmachern, Loesemitteln und Cadmium aus Scoubidou-Baendern vorliegen, hat das BfR unter Annahme der unguenstigsten (Worst-case) Bedingungen die moegliche Aufnahme der Stoffe ueber die Haut bzw. ueber die Atemwege abgeschaezt.

Was nach dieser Schaeztung an kritischen Stoffen aus den untersuchten Baendern entweicht und aufgenommen wird, stellt nach Auffassung des BfR keine erkennbare gesundheitliche Gefaehrung fuer Kinder und Jugendliche dar. Aus Gruenden der Vorsorge haelt das BfR aber Produkte, die durch Loesemittelgeruch auffallen, nicht als Spielzeug fuer Kinder geeignet.

Kleinkinder, bei denen vorhersehbar ist, dass sie Spielzeug und andere Gegenstaende in den Mund nehmen, sollten nicht mit Scoubidou-Baendern spielen oder daraus angefertigte Schmuckstuecke tragen.

Scoubidou-Baender sind nach Einschaeztung des BfR Spielzeug. Grundsaeztlich ist das Institut der Auffassung, dass in Spielzeug gemaeß der „Guten Herstellerpraxis“ der Gehalt an gesundheitlich bedenklichen Substanzen so weit wie moeglich zu minimieren ist. Gleiches gilt fuer Restgehalte fluechtiger Stoffe. In Kunststoffen fuer Spielzeug sollten grundsaeztlich gesundheitlich weniger bedenkliche Weichmacher eingesetzt werden.

Documents - [Gesundheitsschaedliche Stoffe in Scoubidou-Baendern \(Aktualisierte Stellungnahme des BfR of 2004-09-13\) \(PDF-File, 88.8 KB\)](#)

[http://www.bfr.bund.de/cm/216/gesundheitschaedliche\\_stoffe\\_in\\_scoubidou\\_baendern.pdf](http://www.bfr.bund.de/cm/216/gesundheitschaedliche_stoffe_in_scoubidou_baendern.pdf)

=====

**RKI (Robert Koch- Institut)**

02.09.2004 Hilfe fuer sich selbst und andere GBE-Heft 23 "Selbsthilfe im Gesundheitsbereich" erschienen

"In der Gruppe habe ich erfahren, dass mich jemand wirklich versteht, weil er die gleichen Probleme hat. Die Gruppe hat mir geholfen, die Erkrankung erträglicher zu machen und aus meiner Verzweiflung herauszufinden. Ich habe gelernt, dass ich trotz meiner Krankheit weiter leben kann und habe wieder mehr Lebensqualität und Lebensfreude zurückgewonnen." Dieser kurze Erfahrungsbericht aus einer Selbsthilfegruppe für Krebspatienten, der im neuen Heft der Gesundheitsberichterstattung (GBE) enthalten ist, gibt einen Eindruck davon, was Selbsthilfe beinhaltet. In den letzten Jahren ist die Selbsthilfe zu einer wichtigen Säule im System der gesundheitlichen Versorgung herangewachsen. Insbesondere durch die seit Januar 2004 im Sozialgesetzbuch geschaffenen Beteiligungsrechte (§ 140 SGB V) im Gemeinsamen Bundesausschuss hat die Selbsthilfe Mitspracherechte im Gesundheitswesen erhalten. Das 23. GBE-Heft der Gesundheitsberichterstattung "Selbsthilfe im Gesundheitsbereich" stellt auf 35 Seiten den aktuellen Stand zur Selbsthilfe dar: Wie wird Selbsthilfe definiert? Welche Organisationsformen gibt es, welche Rolle haben Selbsthilfe-gruppen, -organisationen und -kontaktstellen. Welche Wirkungen hat Selbsthilfe, welche Grenzen gibt es? Wie sieht die Kooperation zwischen Selbsthilfe und den Akteuren der professionellen Gesundheitsversorgung aus. Welche Förderung und Unterstützung gibt es für die organisierte Selbsthilfe. Was leistet die Selbsthilfeforschung? Wie sehen die Perspektiven der Selbsthilfe aus, welcher Handlungsbedarf existiert?

Schätzungen zufolge engagieren sich in Deutschland etwa drei Millionen Menschen in 70.000 bis 100.000 Selbsthilfegruppen. Selbsthilfegruppen gibt es zu fast allen gesundheitlichen, psychosozialen und sozialen Themen, auch für Angehörige von Betroffenen, etwa von Demenzkranken oder Alkoholabhängigen. Die Angebote der Selbsthilfe reichen vom psychosozialen Austausch in der Gruppe über Beratungs- und Informationsangebote bis hin zu medizinisch orientierten Dienstleistungen und politischer Interessensvertretung. Selbsthilfegruppen ergänzen das professionelle Versorgungssystem. Sie betonen die Eigenverantwortung und Teilhabe der Betroffenen und setzen sich mit etwaigen Mängeln der professionellen medizinischen Versorgung auseinander. Neben der fachlichen Beratung und Information bereichern sie die Versorgungslandschaft durch eine psychologische Komponente, die keine Ärztin, kein Arzt und keine Einrichtung der stationären oder ambulanten Versorgung in diesem Maß bieten kann. Verständnis und Beistand durch andere, das Gefühl nicht allein zu sein und die individuellen Probleme im Umgang mit Gleichbetroffenen auszutauschen, stellen wertvolle Ressourcen für die Gesunderhaltung und Problembewältigung dar. Das GBE-Heft "Selbsthilfe im Gesundheitsbereich" kann kostenlos schriftlich angefordert werden: Robert Koch-Institut, Gesundheitsberichterstattung, Seestraße 10, 13353 Berlin Fax 01888 - 754-3513, E-Mail [gbe@rki.de](mailto:gbe@rki.de)  
Weitere Informationen: [www.rki.de/GBE/GBE.HTM](http://www.rki.de/GBE/GBE.HTM)

=====

## **UBA – UMWELTBUNDESAMT**

Berlin, den 07.10.04 Umweltschutz und Beschäftigung - übertreiben die Umweltschützer? Eine Replik auf die Kritik vom Institut der deutschen Wirtschaft  
"Jobmotor Umweltschutz: Fast 1,5 Millionen Beschäftigte" - unter dieser Überschrift stellten das Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt (UBA) im April 2004 in einer Presse-Information die aktuelle Schätzung zur Zahl der Beschäftigten im Umweltschutz vor. Die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erstellten Berechnungen seien schöngefärbt, behauptete daraufhin das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in den Medien. Zudem sei die Zuordnung der Umweltschutzbeschäftigten willkürlich, die negativen Wirkungen des Umweltschutzes auf die Beschäftigung würden nicht erfasst. Das Umweltbundesamt hat sich die Kritikpunkte des IW - wie sie in der Presse dargestellt wurden - einmal näher angesehen und kommt zu dem Fazit: Die Hauptargumente des IW laufen aus Sicht des Umweltbundesamtes ins Leere. Die vom IW kritisierten Punkte werden in dem Gutachten gar nicht behauptet oder sind schlichtweg falsch. Schätzungen zu den Beschäftigungswirkungen des Umweltschutzes werden seit mehr als zehn Jahren im Auftrag des Umweltbundesamtes von führenden Wirtschaftsforschungsinstituten vorgenommen. Die hierbei zu Grunde gelegte Methodik wurde ständig verfeinert, orientiert sich an internationalen Konventionen und ist wissenschaftlich anerkannt. Die Ergebnisse zeigen, dass eine anspruchsvolle Umweltpolitik nicht nur gut für die Umwelt ist, sondern auch Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Bereichen schafft. Vor allem im Dienstleistungssektor und bei den erneuerbaren Energien hat die Beschäftigung deutlich zugelegt. Umweltschutz ist nicht nur ein Kostenfaktor. Umweltschutz ist vielmehr eine notwendige Investition, um langfristige Schäden an Gesundheit, Umwelt und Sachgütern - so genannte externe Kosten - zu vermeiden. Die ökologische

Modernisierung in Deutschland steigert die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes, trägt zur Innovationsfähigkeit der Wirtschaft bei und schafft somit Arbeitsplätze. Die Stellungnahme des Umweltbundesamtes zu den strittigen Punkten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln ist im Internet unter [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de), Rubrik "Presse - Hintergrundpapiere" abrufbar. HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-090.htm> PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-090.pdf>

\*\*\*

Berlin, den 06.10.2004 Umweltdaten Deutschland Online 2004: Aktuelle Daten und Fakten zur Umweltsituation in Deutschland im Internet

Informationsangebot des Umweltbundesamtes unter <http://www.umweltbundesamt.de> Wussten Sie:  
- dass Deutschland seit mehr als einem Jahrzehnt - trotz wirtschaftlichen Wachstums - fast gleichbleibend viel Primärenergie verbraucht und sich der Anteil erneuerbarer Energien daran in derselben Zeit mehr als verdreifacht hat?

- dass die Fahrleistungen des Personenverkehrs von 1991 bis 2002 um 2,2 Prozent abnahmen, hingegen die Fahrleistungen des Güterverkehrs um 53,3 Prozent anstiegen? Und wussten Sie, dass im Jahr 2002:

- jeder Bundesbürger 563 Kilogramm Haushaltsabfälle erzeugte, wovon 59 Prozent verwertet wurden und Deutschland mit 56 Prozent weit über der durchschnittlichen Verwertungsquote der Siedlungsabfälle in der europäischen Union - etwa 26 Prozent - liegt?

Mit den Umweltdaten Deutschland Online 2004 veröffentlicht das Umweltbundesamt erneut eine breite Palette an Umweltfakten und Daten. Weit über 100 aktualisierte Beiträge warten auf interessierte Besucherinnen und Besucher. Es gibt eine Vielzahl von Tabellen und Grafiken zu verschiedenen Umweltthemen; diese reichen von A wie Abwasserbehandlung bis zu Z wie Zielsetzungen der Klima-Rahmenkonvention.

Geboten werden ausführliche Informationen über umweltrelevante Kenngrößen sowohl der Gesamtwirtschaft als auch der Land-, Wasser- und Abfallwirtschaft. Aktuelle Entwicklungen in den Themen Energie, Verkehr und Umweltschutz sowie bei den Umweltmedien Wasser, Boden, Luft werden durch Darstellungen der umwelt- und gesundheitsbezogenen Wirkungen ergänzt. Hintergrundinformationen zu Datenquellen, Rechtsgrundlagen, Umweltzielen sowie weiterführende Literatur vervollständigen das Angebot.

Umweltdaten Deutschland Online ist zu finden unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de>. HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-089.htm> PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-089.pdf>

\*\*\*

Berlin, den 04.10.04 Altlastensanierung ist aktiver Umweltschutz. Aktuelle Veröffentlichung zu 30jähriger Erfahrung in Deutschland

In Deutschland gab und gibt es viele sanierungsbedürftige Industriestandorte und Deponien. Diese unerwünschten Hinterlassenschaften der Vergangenheit bildeten in den vergangenen 30 Jahren einen Schwerpunkt für den Umweltschutz in Deutschland. Mit der aktuellen englischsprachigen Publikation "MANAGEMENT AND REMEDIATION OF CONTAMINATED SITES" zeigt das Umweltbundesamt (UBA), mit welchem Engagement und vor allem, wie sich Deutschland der Altlastensanierung stellte. Knapp und prägnant werden wichtige Faktoren zur Ermittlung, Untersuchung, Gefahrenschätzung, zur Sanierung und Nachsorge von Altlastenflächen, sowie die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen beschrieben. Somit können die in Deutschland gesammelten Erfahrungen auch in anderen Ländern berücksichtigt werden.

Altlasten sind kein ausschließlich deutsches Problem; nahezu alle Staaten sind davon vergleichbar betroffen. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Sie reichen von kurzfristigem ökonomischen Gewinnstreben, über fehlende rechtliche Regelwerke, bis hin zu mangelnden Kenntnissen über mögliche Gefahren durch Schadstoffeinträge. Die Umweltschäden - teils auch die gesundheitlichen Risiken - müssen oft noch Jahre später mit erheblichem technischen und hohem finanziellen Aufwand beseitigt werden.

Die Publikation erstellte das Internationale Zentrum für Boden und Altlasten (ICSS) - eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierte Projektgruppe des UBA. Ziel des ICSS ist es, den Wissens- und Technologietransfer im Sinne eines nachhaltigen Bodenschutzes zu fördern. Die Publikation "MANAGEMENT AND REMEDIATION OF CONTAMINATED SITES" erhalten Sie beim Umweltbundesamt, FG II 4.3 (W) - ICSS, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin; Fax: 030 / 8903 3203, e-Mail: [ICSS@uba.de](mailto:ICSS@uba.de) PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-088.pdf>

\*\*\*

Berlin, den 29.09.04. Gemeinsame Presseinformation mit dem Bundesumweltministerium (BMU): Umweltschutz hat Konjunktur Klimaschutz und Windenergie finden große Zustimmung in der Bevölkerung/Neue Studie zum Umweltbewusstsein

Das Umweltbewusstsein der Deutschen bleibt auf einem hohen Niveau: 92 Prozent der Bevölkerung halten Umweltschutz für wichtig. Die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung und der Ausbau der Windenergie finden große Zustimmung bei den Bürgerinnen und Bürgern. Das sind die wichtigsten Ergebnisse der neuen Studie zum Umweltbewusstsein in Deutschland, die das Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt (UBA) in Auftrag gegeben haben.

Bundesumweltminister Jürgen Trittin: "Wirksamer Umweltschutz braucht gesellschaftliche Mehrheiten und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Dafür ist das hohe Umweltbewusstsein der Menschen eine wichtige und gute Voraussetzung. Ich freue mich besonders, dass der Klimaschutz und der Ausbau der erneuerbaren Energien eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Das bestätigt unseren eingeschlagenen Kurs, den wir konsequent weiter verfolgen werden."

UBA-Präsident Andreas Troge: "Weil wir wollen, dass Umweltschutz weiterhin für die Menschen so wichtig bleibt, müssen wir in der Kommunikation mehr tun als früher. Im Klartext: Umweltschützer müssen den Menschen deutlicher machen, was ihnen der Umweltschutz im Alltag konkret bringt - etwa mehr Lebensqualität und Gesundheit heute und zukünftig. Sicherlich macht Umweltschutz nicht immer nur Spaß, aber: Wer die Umwelt schützen will, muss nicht wie ein Heiliger leben."

Vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion, in der seit geraumer Zeit die Wirtschaftslage und die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Mittelpunkt stehen, ist es bemerkenswert, dass 92 Prozent der Bevölkerung den Umweltschutz für wichtig halten. In der Rangfolge der wichtigsten Probleme in Deutschland ist der Umweltschutz sogar nach oben geklettert, und zwar auf Platz 3 (vorher Platz 4). Umweltschutz nimmt damit den selben Rang ein wie die soziale Gerechtigkeit. Auf Platz 1 steht die Arbeitslosigkeit, gefolgt von der wirtschaftlichen Lage.

Das hohe Umweltbewusstsein der Deutschen ist besonders erfreulich vor dem Hintergrund, dass die Menschen die Umweltverhältnisse positiv einschätzen. 82 % beurteilen die Umweltqualität in Deutschland als sehr gut oder recht gut, das entspricht den Umfrageergebnissen von 2002. In Ostdeutschland setzt sich der Trend zu einer kontinuierlich besseren Bewertung fort: Dort beurteilen inzwischen 80 % die Umweltverhältnisse positiv. Das ist gegenüber 2002 eine beträchtliche Steigerung von 14 %.

Zu den einzelnen Ergebnissen:

56 % der Bevölkerung möchten, dass Deutschland in der EU eine klimapolitische Vorreiterrolle einnimmt, das ist gegenüber 2002 eine Steigerung um 9 %. Inzwischen schätzt auch die Mehrheit der Deutschen (53 %) die Risiken des globalen Klimawandels als für sich persönlich sehr gefährlich ein. Für den Ausbau der Windenergie sprechen sich über zwei Drittel der Befragten aus. In allen Altersgruppen der Unter-50-Jährigen wird die Windenergie weit besser bewertet, die Über-50-Jährigen dagegen sehen die Windenergie skeptischer. Männer und Frauen beurteilen die Windenergie gleich. Die größten Sorgen rufen nach wie vor die Risiken der Atomenergie hervor. 59 % der Befragten stufen Atomkraftwerke und den radioaktiven Müll als äußerst oder sehr gefährlich für sich und ihre Familie ein.

Fragt man die Menschen, wodurch sie sich gesundheitlich belastet fühlen, dann nennen sie zuallererst die Chemikalien in Produkten und Gegenständen des täglichen Bedarfs: 20 % der Bürgerinnen und Bürger fühlen sich äußerst stark oder stark belastet.

Im Auftrag von Bundesumweltministerium und UBA wird seit 1991 alljährlich, seit 1994 alle zwei Jahre das Umweltbewusstsein der Deutschen ermittelt. Die repräsentativen Befragungen sind so angelegt, dass Zeitreihenvergleiche möglich und Entwicklungstendenzen über die Jahre ablesbar sind. Die Datenerhebung erfolgt durch das Institut TNS Emnid; die Daten werden von einer Projektgruppe an der Philipps-Universität Marburg unter Leitung von Prof. Dr. Udo Kuckartz ausgewertet.

Hinweis: Die Studie "Umweltbewusstsein in Deutschland 2004" ist im Internet unter [www.bmu.de](http://www.bmu.de) und [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de) abrufbar.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-086.htm> PDF:

<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-086.pdf>

\*\*\*

Berlin, den 09.09.2004 Emissionshandel: Umweltbundesamt erteilt Unternehmen Auskunft Unternehmen, die Zweifel haben, ob ihre Anlagen emissionshandelspflichtig sind, erhalten vom Umweltbundesamt dazu Auskunft. 200 von insgesamt etwa 1.700 betroffenen Unternehmen haben sich mit dieser Frage an die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) gewandt. "75 Prozent der

Antworten sind versandt, die restlichen 25 Prozent der anfragenden Unternehmen können in den nächsten Tagen mit einer Antwort rechnen", so Hans-Jürgen Nantke, Leiter der DEHSt.

Die im Umweltbundesamt geübte Praxis der Auskunftserteilung zur Frage der Emissionshandlungspflichtigkeit einzelner Anlagen wurde vom Verwaltungsgericht Augsburg in einem Beschluss vom 01. September 2004 bestätigt (Aktenzeichen: Au E 04.1237). Damit hat sich das Verwaltungsgericht positiv zur durchgehend praktizierten Informationspolitik des Umweltbundesamtes ausgesprochen. "Wir werden die Anlagenbetreiber auch in Zukunft im rechtlichen Neuland Emissionshandel durch Beratung und Auskunft nach Kräften unterstützen, dies sollten aber auch die Landesbehörden mit ihren konkreten Kenntnissen über die dem Emissionshandel unterliegenden Anlagen tun", so Nantke.

In dem Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Augsburg ging es um die Frage, ob das Umweltbundesamt über seine bisherige Auskunftspolitik hinaus verpflichtet ist, rechtsverbindlich durch Verwaltungsakt zu entscheiden, ob eine Anlage dem Anwendungsbereich des Treibhausgas-Emissionshandlungsgesetz (TEHG) unterfällt oder nicht. Das Verwaltungsgericht hat dies verneint und die Auskunftsschreiben der DEHSt als ausreichend im Sinne der verwaltungsverfahrensrechtlichen Auskunftspflicht bezeichnet.

Weitere Informationen im Internet: [www.umweltbundesamt.de/emissionshandel](http://www.umweltbundesamt.de/emissionshandel)

PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-080.pdf>

\*\*\*

Umweltbundesamt Presse-Information 78/04 Berlin, den 08.09.04 Für einen guten Zustand der Gewässer Prognosemodell für Pflanzenschutzmittelbelastung der Oberflächengewässer Einträge von Pflanzenschutzmitteln (PSM) stellen eine Gefahr für den "guten Gewässerzustand" der Oberflächengewässer dar, der bei der Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) bis zum Jahre 2015 erreicht werden soll. Die laufende Bestandsaufnahme von Belastungen und deren Auswirkungen auf den guten Zustand macht daher auch eine Quantifizierung der Einträge von Pflanzenschutzmitteln aus diffusen Quellen erforderlich. Das Institut für Ressourcenmanagement der Universität Gießen entwickelte - in einem Forschungsprojekt im Auftrag des Umweltbundesamtes - das Prognosemodell DRIPS (Drainage-Runoff-Spraydrift Input of Pesticides in Surface Waters). Es soll Schätzungen ermöglichen, wie sich die PSM-Anwendungen im Ackerbau, auf die PSM-Konzentrationen in Flüssen auswirken.

Folgende Messergebnisse verdeutlichen, welche Probleme Pflanzenschutzmittel in den Gewässern verursachen: Von 38 wasserwirtschaftlich bedeutenden PSM hielten in den Jahren 2000-2002 nur acht die Zielvorgaben der Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) an allen untersuchten Messstellen des LAWA-Messnetzes ein; fünf überschritten sie an mehr als 25 Prozent der Messstellen. Bei 25 der 38 PSM traten vereinzelt Überschreitungen auf. Die Belastungen sind auf sachgerechte Anwendungen - die mit dem DRIPS-Modell abgebildet werden - , aber auch auf nicht sachgerechte Anwendungen der PSM zurückzuführen. Das Modell soll es künftig ermöglichen, die zu erwartenden PSM-Konzentrationen in Flussgebieten zu prognostizieren. Daraus lässt sich schätzen, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Qualitätsziel voraussichtlich überschritten wird. Dargestellt in Karten, eignen sich die Ergebnisse dann gut zur Identifikation von "hot spots" der diffusen PSM-Einträge. Daran kann dann die Wasserwirtschaft eigene Messungen orientieren.

Als diffuse Quellen berücksichtigt das Modell DRIPS: Abschwemmung durch Oberflächenabfluss, Drainage- sowie Abdrift-Einträge aus Ackerflächen. Dabei werden die am häufigsten in Deutschland ein gesetzten 59 PSM-Wirkstoffe betrachtet. In der Summe aller für das Jahr 2000 errechneten Einträge ist nach den Modellergebnissen im Ackerbau der Oberflächenabfluss - mit knapp 15.000 kg im Jahr - der mit Abstand dominierende Eintragspfad. Es gilt allerdings weiterhin, dass in vielen Regionen Deutschlands ein erheblicher Teil der PSM-Einträge über die Hofabläufe als Folge der Waschvorgänge der Pflanzenschutzgeräte auf den Landwirtschaftsbetrieben in die Gewässer gelangt. Diese werden mit dem Modell nicht erfasst. In Obst- und Gemüsebaugebieten mit einem dichten Gewässernetz ist die Abdrift für die Gesamtbelastung von entscheidender Bedeutung; im Weinbau hingegen die Abschwemmung. Die Pflanzenschutzmittel sind eine bedeutende Gruppe der den guten Zustand der Oberflächengewässer gefährdenden Stoffe. Das DRIPS-Modell ist deshalb ein wichtiges Hilfsmittel, um im gerade begonnenen Prozess zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie die PSM-Einträge innerhalb der laufenden Bestandsaufnahme zu schätzen. Schädigungen der Gewässerstruktur - wie zum Beispiel Wehre, die Wanderungshindernisse für Fische darstellen - oder diffuse Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft stellen weitere bedeutende Belastungen der Oberflächengewässer dar. Sollten die ab 2006 durchzuführenden Messprogramme die Einschätzungen der Bestandsaufnahme bestätigen, müssen die Maßnahmen bei allen Belastungen in der jeweils adäquaten Weise ansetzen. Im Jahr 2009 sollen die Maßnahmenprogramme zur Wasserrahmenrichtlinie beschlossen werden und im Jahr 2012 umgesetzt sein. Die Publikation

"Prediction of Pesticide Concentrations in German River Basins from Agricultural Inputs" ist in der Schriftenreihe BERICHTE des UBA als Nummer 02/04 in englischer Sprache mit deutscher Kurzfassung erschienen. Sie umfasst 215 Seiten mit 26 Farbkarten, kostet 39,80 Euro und ist beim Erich Schmidt Verlag Berlin, Genthiner Str. 30g, 10785 Berlin sowie im Buchhandel (ISBN-Nr.: 3-503-08322-7) erhältlich.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-078.htm> PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-078.pdf>

=====

Ende des newsletter/d/72

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen,

phone: + 49 7352 940529,

email: [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org) , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt